

## WAHLPROGRAMME 2018 UND FAIR POLITICS

Der Dachverband der Luxemburger Entwicklungs-ONG (ONGD), der Cercle de Coopération, veröffentlichte Ende 2017 "Fair Politics" - eine Analyse über die politische Kohärenz für Entwicklungszusammenarbeit Luxemburgs. 16 Risikothemen wurden identifiziert.

Der Cercle untersucht nun ob diese Themen von den verschiedenen Parteien in ihren aktuellen Wahlprogrammen aufgegriffen wurden und welche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden. Die Analyse basiert auf den veröffentlichten Texten der Wahlprogramme.

**Fair Politics: [cercle.lu/wp-content/uploads/2018/02/Fair\\_Politics\\_2017.pdf](http://cercle.lu/wp-content/uploads/2018/02/Fair_Politics_2017.pdf)**

### Agenda 2030 und seine nachhaltigen Entwicklungsziele

Obwohl die Agenda 2030 den Aktionsrahmen für die neue Strategie der Entwicklungspolitik und des Nationalen Plans für nachhaltige Entwicklung bildet, haben nur drei Parteien darauf hingewiesen und zwei haben Maßnahmen vorgeschlagen:

- Déi Gréng wollen, dass "bei der Aufstellung des Staatshaushalts mehr Wert auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen" gelegt wird und sieht in der Agenda 2030 eine Chance für eine "Plattform für den PNDD (mit) der Zivilgesellschaft".
- Déi Lénk fordern, dass ein Maßnahmenkatalog für die nationale Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele ausgearbeitet wird.
- LSAP versteht die Agenda 2030 als "einen wichtigen Orientierungsrahmen": "Luxemburg hat sich verpflichtet, die Agenda 2030 auf nationaler und globaler Ebene umzusetzen."

### Klimagerechtigkeit

Auch wenn das Thema teilweise in den Texten erwähnt wird, übersetzt keine Partei die globale Verantwortung für mehr Klimagerechtigkeit mit konkrete Maßnahmen, und dies obwohl Luxemburg weltweit den höchsten ökologischen Fußabdruck pro Person hat.

- Die DP erwähnt zumindest den Zusammenhang von Agrokraftstoffen und Drittländern: "Biokraftstoffe, die oft aus Palmöl hergestellt werden und erheblich zur Zerstörung des Regenwaldes beitragen und deren Monokulturplantagen in Drittländern zu verheerenden Folgeschäden führen."

Für eine detaillierte Analyse zu diesem Thema, besuchen Sie [www.votumklima.lu](http://www.votumklima.lu)

### Klimamigration

Auch wenn die LSAP und Déi Lénk kurz daraufhinweisen, schlägt keine Partei konkrete Maßnahmen vor.

### Rechte der indigenen Bevölkerung

Die Ratifizierung der ILO 169-Konvention zum Schutz der Rechte der indigenen Völker wurde im Februar 2018 einstimmig von der Chambre des Députés angenommen und wird im Sommer 2019 in Kraft treten. Dies erklärt vielleicht auch wieso das Thema nicht in den Programmen angesprochen wird.

## **Kultur und Entwicklung**

Keine Partei hat auf die Verbindungen von diesen zwei Bereichen hingewiesen.

## **Öffentlicher Einkauf**

Fast alle Parteien setzten sich für soziale Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen in ihren Programmen ein, und setzten dies in den Kontext des gerechten Handels und einer nachhaltigen Ernährungspolitik.

- Déi Gréng "werden bei öffentlichen Ausschreibungen den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen aus zertifiziertem fairem Handel und nachhaltigen Wirtschaftsweisen zum Standard machen".
- DP will ein "Lastenheft für umweltschonende Beschaffung ausarbeiten".
- Déi Lénk "wollen beim öffentlichen Beschaffungswesen lokale Akteure sowie sozial und/oder ökologisch verantwortungsvolle Produkte und Dienstleistungen bevorzugen".
- ADR will, dass öffentliche Einrichtungen Esswaren bevorzugen die "aus dem „kuerze Kreeslaf“ – also hei am Land ugebaut – oder dem „fairen Handel“ stamen".
- CSV wird "Produkte aus fairem Handel fördern und Kriterien des fairen Handels bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen".
- Die Pirate Partei fordert, dass "an all öffentlech Ausschreiwung och d'sozial Aspekter an d'Nohaltegkeet als Kriterie musse berücksichtegt ginn".

## **Produkte aus den israelischen Kolonien**

Auch wenn die meisten Parteien sich für eine Zwei-Staaten Lösung aussprechen und Déi Lénk und die Pirate Partei mehrere Maßnahmen in Bezug auf Palästina vorschlagen, bezieht keine Partei Stellung zu einer transparenten Beschriftung der Produkte aus den Kolonien.

## **Konfliktmineralien**

Außer Déi Gréng, die bei öffentlichen Ausschreibungen wollen, dass der Einkauf von Gütern und Dienstleistungen "der EU Verordnung bezüglich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette von Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten Rechnung" trägt, wurde diese Problematik von keiner Partei aufgegriffen.

## **Multinationale Organisationen und Sorgfaltspflicht**

Die Verantwortung von Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte wird von sechs Parteien angesprochen. Déi Gréng und Déi Lénk versprechen in ihren Programmen, dass sie sich für eine Sorgfaltspflicht auf nationaler Ebene einsetzen werden wobei LSAP und DP diese eher auf EU-Ebene sehen. Die CSV und ADR wollen vorläufig noch freiwillige Initiativen unterstützen. Die Pirate Partei hat die Idee, dass ein.e Menschenrechtsbeobachter.in bei wirtschaftlichen Missionen mitreist, und schlägt eine Ampelskala vor, die die Situation der Menschenrechte im Zielland darstellt.

Für eine detaillierte Analyse zu diesem Thema, besuchen Sie:

[www.initiative-devoirdevigilance.org](http://www.initiative-devoirdevigilance.org)

## **Landwirtschaft**

Den Zusammenhang der nationalen Agrarpolitik mit der Lage der globalen Ernährung haben nur drei Parteien gemacht.

- Déi Lénk "wollen eine Kohärenz zwischen der Landwirtschaftspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit herstellen. Im Bereich der Agrarpolitik muss die Nahrungsmittelsouveränität, die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die wichtige Rolle der Frau und die Agrarökologie gefördert werden".

- LSAP will sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, "dass die EU aufhört, den Export von Lebensmitteln zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu fördern. Nicht zuletzt aus Gründen der politischen Kohärenz dürfen EU-Exporte lokale Märkte in Entwicklungsländern nicht weiterhin zerstören".
- Déi Gréng "werden die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sowie die völkerrechtliche Verankerung lokaler Saatgutbanken verteidigen".

### **Agrokraftstoffe**

Déi Gréng und DP sprechen sich für eine Begrenzung der Agrokraftstoffe aus. In Bezug auf CO2 Reduktionsziele ist es erstaunlich, dass keine Partei konkrete Maßnahmen vorschlägt.

### **Handelsabkommen**

Alle Parteien wollen sich für einen gerechteren Handel einsetzen und finden, dass es unfair sei, wenn schwächere Länder in solchen Abkommen schlechter wegkommen, aber es gibt keine konkreten Maßnahmen. KPL und Déi Lénk schlagen vor Handelsabkommen zu blockieren, die LSAP schlägt Mindeststandards für Handelsabkommen vor.

### **Finanzierung der Landwirtschaft**

Déi Gréng wollen "das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik verteidigen. Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit müssen dabei an erster Stelle stehen." Keine Partei schlägt konkrete Maßnahmen vor.

### **Investitionspolitik**

Vier Parteien schlagen Massnahmen für „Divestment“ Kriterien vor.

- Déi Gréng "werden den „Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg“ und den Pensionsfonds (FDC) nutzen um die grüne ökonomische Transition zu finanzieren und die Investitionen dieser Gelder an strenge Nachhaltigkeits- und „Divestment“-Kriterien binden".
- Déi Lénk wollen, dass "die (FDC) Reserven nicht in Firmen investiert werden, die mit fossilen Energien in Verbindung stehen, gegen internationale Konventionen verstoßen oder moralisch fragwürdige Geschäfte tätigen (Waffenproduktion, Zigarettenproduktion, etc.). Ein Ansatz mit einer Inklusionsliste wäre sinnvoller als der heutige Ansatz mit einer Exklusionsliste".
- LSAP schreibt: "Investitionsbereiche von Rentenfonds müssen maßgeblich auf nachhaltigen, ethischen, sozialverträglichen und werterhaltenden Kriterien beruhen".
- Die Pirate Partei sagt klar "NEE zu Investitionen a Waffen" aus dem Rentenfonds.

### **Steuergerechtigkeit**

Nur zwei Parteien schlagen konkrete Maßnahmen vor.

- Déi Lénk wollen sich dem "Dogma der Steuerkonkurrenz in Europa widersetzen" und eine ihrer Maßnahmen ist, dass sie sich "für die Veröffentlichung von sogenannten country-by-country-Berichten" einsetzen werden.
- Déi Gréng sind hier sehr spezifisch und wollen "sich am irischen Beispiel orientieren und eine Analyse der Auswirkungen („spillover analysis“) unserer nationalen Steuerpolitik auf Entwicklungsländer in Auftrag geben".

### **Landraub**

Déi Gréng erwähnen diese Problematik in ihrem Programm aber keine Partei schlägt konkrete Maßnahmen vor.

## **Klimafinanzierung**

Déi Gréng wollen "die Beiträge Luxemburgs zur Finanzierung des internationalen Klimaschutzes weiterhin auf hohem Niveau halten" und Déi Lénk wollen, dass "Gelder, die den Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Klimaagenda versprochen wurden", weiterhin nicht im Entwicklungsbudget verbucht werden.

Nur die DP schlägt eine konkrete Maßnahme vor: "Um den Bereich der nachhaltigen Finanzen zusätzlich zu stärken, insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels, wird die DP einen Klima-Dachfonds ins Leben rufen, mit dem Investitionen gegen den Klimawandel in den Entwicklungsländern getätigt werden." Obwohl Luxemburg als Standort für die Fondsindustrie relative erfolgreich ist, bezieht sich die DP hier auf das Modell des Schweizer Fonds SIFEM („Swiss Investment Fund for Emerging Markets“), der hauptsächlich in andere nationale, regionale oder internationale Fonds investiert.

## **Kontakt**

Véronique Faber  
Cercle de Coopération  
Responsable Plaidoyer Politique  
+352 26 02 09 22  
veronique.faber@cercle.lu

## **ThemenreferentInnen**

### **Agenda 2030 und seine nachhaltigen Entwicklungsziele**

Julia Georgi, julia.georgi@caritas.lu

### **Klimagerechtigkeit und Klimamigration**

Dietmar Mirkes, dietmar.mirkes@astm.lu  
Carole Reckinger, carole.reckinger@caritas.lu  
Serge Kollwelter, serge.kollwelter@asti.lu

### **Rechte der indigenen Bevölkerung**

Patrick Godar, patrick.godar@partage.lu  
Dietmar Mirkes, dietmar.mirkes@astm.lu  
Carole Reckinger, carole.reckinger@caritas.lu

### **Kultur und Entwicklung**

Raymond Weber,  
raymond.weber@sosfaim.org

### **Öffentlicher Einkauf**

Jean-Louis Zeien, jean-louis.zeien@education.lu  
Geneviève Krol, genevieve.krol@fairtrade.lu

### **Produkte aus den israelischen Kolonien**

Michel Legrand,  
michel.legrand2005@gmail.com

### **Konfliktminerale**

Jean-Louis Zeien, jean-louis.zeien@education.lu  
Geneviève Krol, genevieve.krol@fairtrade.lu  
Julia Georgi, julia.georgi@caritas.lu

### **Multinationale Organisationen und Steuergerechtigkeit**

Antoniya Argirova, antoniya.argirova@astm.lu

### **Agropolitik, Finanzierung der Landwirtschaft und Landraub**

Marine Lefebvre,  
marine.lefebvre@sosfaim.org

### **Agrokraftstoffe und Klimafinanzierung**

Carole Reckinger, carole.reckinger@caritas.lu

### **Handelsabkommen**

Jean Feyder, feyderj@pt.lu

### **Investitionspolitik**

Dietmar Mirkes, dietmar.mirkes@astm.lu  
Carole Reckinger, carole.reckinger@caritas.lu